

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	48
		TOP:	9
Verhandlung		Drucksache:	182/2020 Neufassung
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	25.05.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	die Herren Peeß und Wieland (beide Jobcenter)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / pö		
Betreff:	Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften - Angemes- senheitsprüfung bei den Kosten der Unterkunft		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 13.05.2020, GR Drs 182/2020 Neufassung. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Nach kurzen einleitenden Worten von BMin Dr. Sußmann führt Herr Wieland (Jobcenter) die Ratsmitglieder analog der Vorlage in das Thema ein.

Im Verlauf der Aussprache begrüßt StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) mit Verweis auf die vielen Auseinandersetzungen bei diesem Thema in der Vergangenheit, dass nun in jedem Einzelfall hinsichtlich der Nutzungsgebühren in Gemeinschaftsunterkünften eine Angemessenheitsprüfung durchgeführt werde. Ferner bezeichnet die Stadträtin die Miteinbeziehung der Flüchtlinge in diesen Prozess sowie die geplanten Maßnahmen zur Unterstützung der Menschen bei der Suche nach einer eigenen Wohnung als notwendig und wichtig.

Darauf eingehend spricht sich StRin Meergans (SPD) dafür aus, dass die Unterstützungsleistungen einen "fördernden und nicht fordernden Charakter" haben müssten, um in der schwierigen Situation keinen zusätzlichen Druck auf die Menschen auszuüben. Die Stadträtin betont in diesem Zusammenhang den großen Wunsch der Flüchtlinge, aus den Unterkünften in eine eigene Wohnung zu ziehen, was aber sehr oft an der aktuell schwierigen Situation auf dem Wohnungsmarkt scheitere.

StR Mörseburg (CDU) plädiert in Richtung Bund dafür, dass für die Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte ein möglichst hohes Maß an Rechtssicherheit (womöglich durch einen eigenen festgeschriebenen Status) geschaffen werden solle. Denn aktuell, so der Stadtrat, würden die Flüchtlinge in den Unterkünften aufgrund der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt quasi nur "geduldet", sollten die Unterkünfte aber aufgrund der hohen Nutzungskosten nach Möglichkeit verlassen.

Im Folgenden erneuert StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tier-schutzpartei) die Kritik seiner Fraktion an der Berechnungsgrundlage für die Unterkunfts-kosten und erinnert daran, dass dieses Thema bei vielen Flüchtlingsfreundeskreisen und den Flüchtlingen selbst in der Vergangenheit für großes Unverständnis und Sorgen gesorgt habe. Ähnlich äußert sich diesbezüglich auch StRin Meergans.

StR Pantisano appelliert anschließend an die Verwaltung, einen Vorschlag zur Senkung der Nutzungskosten in den Stuttgarter Flüchtlingsunterkünften zu machen.

Von BMin Dr. Sußmann wird in diesem Kontext darauf verwiesen, dass die Höhe der Nutzungsgebühren in den Flüchtlingsunterkünften auch mit den für die Bewohnerinnen und Bewohner erbrachten Leistungen wie Beratungen durch Sozialarbeiter etc. und der entsprechend notwendigen finanziellen Unterstützung der Träger zusammenhänge.

Ferner betont die Vorsitzende das große Ziel der Verwaltung, so vielen Flüchtlingen wie möglich, aus Gründen der besseren Integration in unsere Gesellschaft, einen Umzug in eigene Wohnung zu ermöglichen. Gemeinsam mit Bürgermeister Pätzold versuche die Sozialverwaltung, Möglichkeiten und Lösungen zu finden, um gerade Familien bei diesem Thema zu unterstützen.

Noch einmal Bezug nehmend auf das Konzept zur Angemessenheitsprüfung bei den Kosten der Unterkunft macht BMin Dr. Sußmann deutlich, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft in keinem Fall für die Kosten herangezogen würden. Es sei kein standardisiertes, sondern ein einzelfallbezogenes Vorgehen vorgesehen. Aus den persönlichen Gesprächen mit den Flüchtlingen erhoffe sich die Verwaltung auch Erkenntnisse hinsichtlich der konkreten Problemlagen der Menschen bei der Suche nach einer eigenen Wohnung, um hier ggf. unterstützend wirken zu können.

Im Folgenden informiert Herr Peeß (Jobcenter) die Ratsmitglieder darüber, dass der Bund bei Asylbewerbern die Kosten der Unterkunft zu 100 % trage. Bei anerkannten Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung beteilige sich der Bund mit 51 % an den Kosten der Unterkunft. Dies umfasse nicht nur die reinen Wohnkosten, sondern beispielsweise auch Kosten für andere Leistungen wie Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Weiter berichtet der Amtsleiter, dass der Bund die Kalkulation der Nutzungskosten in der Anschlussunterbringung in Stuttgart auf Grundlage eines durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) durchgeführten Städtevergleichs als korrekt und exakt kalkuliert eingestuft habe. Dies entbinde das Jobcenter aber nicht davon, auf individueller Ebene eine Betrachtung anzustellen, ob diese Kosten der Unterkunft tatsächlich angemessen seien. Um den Anforderungen des Bundes gerecht zu werden, wolle man die Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte mit geeigneten Maßnahmen bei der Suche nach einer eigenen Wohnung unterstützen und dies ebenso wie das Verfahren der Angemessenheitsprüfung der Nutzungskosten entsprechend doku-

mentieren. Wie schon BMin Dr. Sußmann zuvor betont auch Herr Peeß, dass eine umsichtige und einzelfallbezogene Vorgehensweise (verbunden mit einer Information der Sozialarbeiter in den Unterkünften) und kein automatisiertes Kostensenkungsverfahren geplant sei.

Abschließend werden weitere Verständnisfragen der Ratsmitglieder zur Vorlage durch Herrn Wieland beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GR Drs 182/2020 Neufassung Kennntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Jobcenter
Sozialamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS